

Ein deutscher Islam muss sich erst entwickeln Lehrstühle für islamische Theologie zu früh und zu flächendeckend

Von Hans-Thomas Tillschneider

Mustafa Yoldas, der Vorsitzende eines großen Hamburger Islamverbandes, hat im Dauerstreit um den Münsteraner Islamprofessor Mouhanad Khorchide klargestellt, die islamische Theologie in Deutschland sei kein Mittel der Integrationspolitik. Yoldas hat recht, aber in anderer Weise, als er wahrscheinlich denkt. Integration kann gar nicht Aufgabe von islamischer Theologie und islamischem Religionsunterricht sein, weil die Einrichtung islamisch-theologischer Studiengänge und die flächendeckende Einführung von islamischem Religionsunterricht nur am Ende, nicht aber am Beginn eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen können.

Alles wäre einfacher, wäre Christian Wulffs Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland so wie auch das Judentum, eine echte Tatsachenbeschreibung gewesen und keine weit in die Zukunft ausgreifende Forderung. Dann würde die Integration der Muslime so reibungslos vonstattengehen wie die Integration der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus Russland. Dann hätten wir islamische Gemeinden mit Gläubigen, deren Muttersprache seit eh und je Deutsch ist. Die Einwanderer islamischen Glaubens könnten dort Anschluss finden und als Muslime in aller Ruhe zu Deutschen werden.

Aber die Verhältnisse sind nicht so. Abgesehen von Kuriosa wie den muslimischen Kriegsgefangenen, die während des Ersten Weltkriegs bei Berlin interniert waren und eine eigene Holzmoschee bekamen, ist der Islam ein Neuankömmling in unserem Land. Er kam gleichzeitig mit den Einwanderungswellen der sechziger Jahre nach Deutschland. Die muslimischen Einwanderer fanden keine deutsche Islamkultur vor, der sie sich hätten anschließen können, und so blieb ihnen keine andere Wahl, als ihre Religiosität mit der Kultur ihrer Heimat in eins zu setzen. Daran hat sich seitdem nicht viel geändert. In der einen Moschee beten die Araber, in der anderen die Türken. Das Festhalten am Glauben ist Festhalten an der Herkunftskultur, zu der die Verbände über ihre Netzwerke Kontakt halten. Charakteristisch ist die Selbstbezeichnung vieler Gemeinden als "Kulturvereine".

Angesichts einer solchen Situation führt die institutionelle Ausgestaltung der Religionsfreiheit zwangsläufig zu einer Verfestigung von Parallelgesellschaften und also dem, was man gemeinhin "multikulturelle Gesellschaft" nennt. Die Debatte Leitkultur versus multikulturelle Gesellschaft ist vor einigen Jahren aufgeflammt, wurde dann aber beendet, ohne in einen Konsens zu münden. Seitdem herrscht Schweigen und eine Art Pattsituation. Das Recht auf ungehinderte Religionsausübung ist ein Grundrecht, das wir alle achten. Die multikulturelle Gesellschaft, also eine Gesellschaft ohne dominierende Mehrheitskultur, aber ist mit Sicherheit keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, sondern eine Idee von Jürgen Habermas. Sie kann aus guten Gründen abgelehnt werden und wird von vielen Bürgern abgelehnt.

Über das Verhältnis von Religion und Kultur ließe sich viel sagen. Wichtig ist: Religionen gedeihen auf dem Boden verschiedener Kulturen. Jede Religion hat eine Kultur, aus der sie kommt, ist aber imstande, sich von ihr zu lösen. Derselbe Glaube äußert sich unterschiedlich in unterschiedlichen Kulturen. Als Freiheit, das religiöse Bekenntnis auch zu wechseln, ja, als Freiheit von Religion überhaupt, setzt gerade die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ein solches, kulturell relatives Verständnis von Religion voraus. Unter Berufung auf die Religionsfreiheit die erforderliche Anpassung an die Gepflogenheiten des Einwanderungslandes zu verweigern kann so gesehen als

ein Missbrauch der Religionsfreiheit gelten. Es handelt sich um eine Sakralisierung von Kultur, die auch und gerade aus einer religiösen Perspektive problematisch ist.

Jürgen Habermas zum Trotz: Die Religionsfreiheit impliziert keinen Anspruch der Einwanderer gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Transformation ihrer Gesellschaft in eine multikulturelle Gesellschaft. Die Diskussion um die Religionsfreiheit, auf die sich die Islamdebatte konzentriert, geht am Kern des Problems vorbei. Das Problem lautet nicht "Religionsfreiheit ja oder nein", sondern "deutsche Leitkultur versus islamorientalische Kultur". Seine Lösung kann nur ein deutscher Islam sein, also ein kulturelles Angebot, das Einwanderern aus islamischen Ländern erlaubt, reibungslos Deutsche zu werden und Muslime zu bleiben.

Noch gibt es einen solchen Islam nicht, aber irgendwann werden wir ihn haben. Wie dieser deutsche Islam aussehen könnte, vermag jetzt noch niemand zu sagen. Sicher ist nur, dass er sich vom türkischen oder ägyptischen Islam genauso unterscheiden wird, wie der bosnische Islam sich vom subsaharischen oder indonesischen Islam unterscheidet. Man wird ihn daran erkennen, dass Moscheen nicht mehr die orientalischen Formen kopieren, sondern sich an europäischer Architektur orientieren; daran, dass abgesehen von der Koranrezitation und den arabischen Ritualformeln seine Sprache das Deutsche ist, und vor allem daran, dass seine Anhänger auf die Frage nach ihrer Nationalität ohne Zögern antworten werden, Deutsche zu sein.

Der Islam, wie er zurzeit in unserem Land präsent ist, wird sich verändern müssen. Wer glaubt, eine solche Veränderung lasse sich durch die generalstabsmäßige Errichtung islamtheologischer Lehrstühle und die flächendeckende Einführung islamischen Religionsunterrichts beschleunigen, zeigt aber, dass er von Religion, Kultur, Wissenschaft und Politik nicht viel verstanden hat.

Solche Maßnahmen können nicht bewirken, dass der Islam zu Deutschland gehört, sie setzen es voraus. Der Islam aber wird zu einem Teil von Deutschland, indem Muslime zu Deutschen werden und ihren Glauben bewahren. Das geschieht abseits großangelegter politischer Maßnahmen durch das Zusammenleben mit Deutschen, durch Arbeit, Schulbesuch, Freundschaft und familiäre Bindung. Eine türkische Standesvertretung und Lobbyarbeit, wie sie die Ditib betreibt, schadet mehr, als sie nützt. Forderungen wie etwa nach Türkisch als zweiter Fremdsprache an Gymnasien sorgen dafür, dass der Islam in Deutschland türkisch bleibt, und verhindern gerade das, was nötig wäre. Auch islamische Religionslehre an Schulen und Universitäten kann der Entstehung einer deutschen Islamvariante nicht vorgreifen, sie muss damit Schritt halten. Das zeigt allein schon der von allen Seiten beklagte Mangel an qualifiziertem Personal, mögen auch die Verbandsfunktionäre etwas anderes darunter verstehen als deutsche Politiker und Wissenschaftler.

Kaum etwas führt so deutlich vor Augen, dass der Islam noch nicht zu Deutschland gehört, wie das Dilemma der islamischen Theologie. Genügt sie den Ansprüchen der Politik, rebellieren die Verbände. Genügt sie den Ansprüchen der Verbände, entsteht eine Reproduktion der türkischen oder ägyptischen Orthodoxie. In Münster ist Ersteres der Fall, in Osnabrück Letzteres. Der Fall Münster krankt außerdem daran, dass nach Methoden des Politikmarketings der islamischen Theologie zwar ein Gesicht gegeben wurde, es sich jedoch um einen promovierten Soziologen handelt, der über keine nennenswerte theologische Qualifikation verfügt.

Als der Verdacht geäußert wurde, er habe für seine beiden an Laien gerichteten Bücher bei Muhammad Shahrur abgekupfert, verteidigte er sich mit der Beteuerung, noch nie etwas von Muhammad Shahrur gelesen zu haben. Dazu muss man wissen: Muhammad Sharur gehört zu den führenden islamischen Reformdenkern der Gegenwart. Eine solche Naivität mag im ersten Moment entwarnen - die Auseinandersetzung mit den türkischen Verbänden, denen man viel unterstellen kann, nur nicht mangelnde Kenntnis der islamischen Theologie, lässt sich so kaum bestehen.

Die Anforderungen an einen islamischen Theologen in Deutschland sind zahlreich und komplex, aber das sollten sie immer sein, wenn es um ein universitäres Lehramt geht. Fehlerfreies Deutsch ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung. Ein deutscher Islam ist etwas anderes als ein türkischer oder ägyptischer Islam auf Deutsch. Auch eine intime Kenntnis der islamischen Theologie und des klassischen Arabisch reichen noch nicht aus, solange keine reflektierte Perspektive eingenommen wird, wie sie moderne Universitätstheologie kennzeichnet, und so lange der Islam nicht von Deutschland aus gedacht wird. Der Kreis der Personen, die diesen Anforderungen genügen, ist überschaubar.

Man hätte daher gut daran getan, sich bei der Einrichtung islamtheologischer Lehrstühle auf einen Standort zu beschränken und dort die Köpfe zusammenzuziehen, die tatsächlich in der Lage sind, so etwas wie einen deutschen Islam zu entwickeln. Zu denken wäre etwa an Nürnberg-Erlangen, wo mit Reza Hajatpour der fraglos qualifizierteste Vertreter seiner noch jungen Zunft zu finden ist. Hajatpours Lebenslauf lässt vorahnen, was ein deutscher Islam werden kann: Ausbildung zum islamischen Geistlichen in Iran, dann aber Bruch mit der iranischen Theokratie, Auswanderung nach Deutschland, hier Studium der Philosophie und Islamwissenschaft, Promotion und Habilitation in Islamwissenschaft. Beide Arbeiten untadelig. Darüber hinaus zahlreiche, auch belletristische Publikationen von literarischem Wert. Der Islam gehört zu Deutschland, wenn sich auf die Ausschreibung einer Professur im Bereich der islamischen Theologie ein halbes Dutzend solcher Bewerber meldet.

Der Autor lehrt als Akademischer Rat an der Universität Bayreuth Islamwissenschaft.